

# Inhaltsverzeichnis

D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik	1
Änderungsanträge zum D-1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!	1
<b>D-1-1-20</b>	<b>Mfr</b>
Seite 40, Zeile 1-20, Ändern	
.....	1
<b>D-1-55-90</b>	<b>Obb</b>
Seite 41, Zeile 55-90, Ändern	
.....	2
<b>D-1-135</b>	<b>Obb</b>
Seite 43, Zeile 135, Einfügen	
.....	2
<b>D-1-156</b>	<b>Obb</b>
Seite 43, Zeile 156, Streichen	
.....	3
<b>D-1-189</b>	<b>Obb</b>
Seite 44, Zeile 189, Ändern	
.....	3
<b>D-1-228</b>	<b>Swa</b>
Seite 45, Zeile 228, Ändern	
.....	3
<b>D-1-228</b>	<b>Swa</b>
Seite 2, Zeile 228, Ändern	
.....	4
<b>D-1-230</b>	
Seite 45, Zeile 230, Ändern	
.....	4
<b>D-1-242</b>	<b>Ufr</b>
Seite 45, Zeile 242, Ändern	
.....	5

## D Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

### Änderungsanträge zum D-1 Sozialdemokratie und Sicherheitspolitik? Na klar geht das!

1 **D-1-1-20**

2 **Mfr**

3

4

5 **Seite 40, Zeile 1-20, Ändern**

6 Ersetze die Zeilen durch folgenden Text:

7 Innere Sicherheit – eine soziale, eine sozialdemokratische und eine sozialistische Frage

8 Sicherheitspolitik ist immer auch linke Politik. Sicherheitspolitik beginnt nicht erst bei Vereitelung und Bestrafung von Straftaten, sie beginnt bei der präventiven Bekämpfung von strukturellen und sozialen Ungleichheiten, deren Symptome kriminelles Handeln ist. Dies umfasst Handlungsfelder im internationalen Kontext, um Terror, Krieg und Flucht zu verhindern, aber auch das Handeln des Staates in Inneren. Bourdieu prägte den Begriff der linken Hand des Staates, die sich um die Interessen der Schwachen und um soziale Umverteilung bemüht, während die rechte Hand die Repression symbolisiert.

14 Nicht selten wird die rechte Hand des Staates als Instrument der Unterdrückung und der Durchsetzung der Interessen der Starken gegen die Schwachen gesehen und ihre Stärkung als Angriff auf die Schwachen bewertet. Wir als Sozialdemokrat\*innen und Sozialist\*innen verfolgen die Utopie einer Welt, die ohne Angst und ohne Gewalt auskommt; einer Welt, in der alle ein besseres Leben haben. Während über dieses Ziel Einigkeit in der politischen Linken besteht, unterscheidet uns von der extremen Linken der Weg dorthin. Der Weg der Jusos ist der Weg der Gestaltung der Welt und nicht der Weg des revolutionären Umbruchs. Wir wollen unsere Welt gestalten und in ihr ist die Notwendigkeit der rechten Hand des Staates traurige Realität. Dies zeigt sich beispielsweise in der Drogenpolitik, in der wir uns nicht auf die Bekämpfung der Ursachen des Drogenmissbrauchs beschränken, sondern beispielsweise in Form von Drogenkonsumräumen einen Umgang damit forcieren, da präventives Handeln nicht alle Probleme beseitigen kann.

24 Die Diskussion über die Arbeitsweise der rechten Hand dürfen wir deshalb nicht den rechten Kräften überlassen. Die SPD hat große Probleme im Umgang mit dieser Diskussion, die sich in widersprüchlichem Handeln manifestieren. Wir verurteilen die in trauriger Regelmäßigkeit vorgebrachten repressiven und reaktionären Forderungen von AfD und CSU auf Kriminalität und Terror. Die Sozialdemokratie darf diesen populistischen Forderungen nicht auf den Leim gehen und sie sich zu eigen machen. Es ist unsere erklärte Aufgabe, diesen Vorstößen entgegenzutreten und in der Diskussion um das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz und der Ausweitung von Videoüberwachung die Bürgerrechte zu verteidigen. Diese Rolle des Verteidigers darf aber nicht unsere einzige Reaktion bleiben.

32 Es wäre fatal, die gesellschaftliche Diskussion zu ignorieren und darauf zu vertrauen, dass man die besten Konzepte zur Handlungsweise der linken Hand hervorbringt. Wir dürfen die Bürger\*innen nicht mit ihren Ängsten allein lassen und in die Arme der Rechtspopulist\*innen treiben. Der Hinweis, dass Ängste unbegründet seien und dass Kriminalität meist nur ein Symptom sozialer Probleme sei, reicht hier nicht aus. Die Sozialdemokratie muss klar zeigen, dass sie als einzige politische Kraft die sozialen und strukturellen Probleme löst, ohne ihre Symptome zu ignorieren. Es ist unser erklärtes Ziel, diesen Diskurs zu führen und klar zu formulieren, wie sozialdemokratische Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert aussehen kann. Es bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes, der Polizeigewalt und die Schaffung eines Überwachungsstaates ablehnt, ohne den Diskurs über innere Sicherheit den rechten Parteien zu überlassen.

41 Zu unseren Forderungen müssen die Schaffung und Stärkung von Kontrollinstanzen, die unterscheidbare Kennzeichnung von Polizist\*innen, die Stärkung der Polizei im öffentlichen Raum statt der Schaffung einer neuen Grenzpolizei und die gute Ausbildung von Polizist\*innen statt des Einsatzes von Ordnungsdiensten gehören. Der Gesellschaftsvertrag, der den Sicherheitsbehörden das Gewaltmonopol und Steuergelder zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung garantiert, muss erneuert werden und neues Vertrauen in die Sicherheitsbehörden geschaffen werden. Der Staat darf nicht Feind des Volkes sein, keine seiner Hände. Auch die rechte Hand des Staates kann mit linken Händen geprägt werden.

## Antragsteller\*innen

Mfr

**E-Mail:** daniel.rothenbuecher@jusos-bayern.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-55-90**
- 2 **Obb**
- 3
- 4
- 5 **Seite 41, Zeile 55-90, Ändern**
- 6 S. 41 Z. 55 – 90 streichen, da durch C1 abgedeckt

## Antragsteller\*innen

Obb

**E-Mail:** magdalena.wagner@jusos-bayern.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-135**
- 2 **Obb**
- 3
- 4
- 5 **Seite 43, Zeile 135, Einfügen**
- 6 „Das geplante Polizei Aufgabengesetz in Bayern lehnen wir strikt ab. Mit diesem Gesetz würde Bayern zum
- 7 Polizeistaat werden. Die geplanten Maßnahmen sehen wir als nicht tragbar.
- 8 1. Richter\*innenvorbehalt
- 9 Das bedeutet, dass ein\*e Richter\*in staatliche Maßnahmen wie Aufenthaltsverbote oder Telefonüberwachung
- 10 absegnen muss. Mit dem neuen Gesetz kann die Polizei Bürger\*innen zwingen, ihren Wohnort nicht zu ver-
- 11 lassen oder den Wohnort zu wechseln. Betroffene müssen erstmal klagen, um von einem Gericht gehört zu
- 12 werden.
- 13 2. Inhalte in der Cloud
- 14 Wenn es nach dem Gesetzentwurf geht, darf die Polizei in Informationssysteme und Speicher (Clouds) eindrin-
- 15 gen, Daten kopieren, löschen oder sogar ändern.
- 16 3.Vorbeugegewahrsam
- 17 Bisher war es der Polizei zum Beispiel möglich widersetzliche Fußballfans vor möglicher Randal maximal
- 18 zwei Wochen lang wegzusperrern, das Ganze nur nach einer richter\*innenlichen Genehmigung. Mit dem neu-
- 19 en Gesetz kann das Ganze auf drei Monate ausgeweitet werden. Die Betroffenen werden zwar von einer\*m
- 20 Richter\*in angehört, haben aber keine\*n Strafverteidiger\*in, und müssen somit ihre Unschuld aus der Zelle
- 21 heraus beweisen.
- 22 4.Telekommunikation und Post
- 23 Unter ähnlichen Voraussetzungen wie bei der Cloud, darf die Polizei künftig präventiv in die Telekommu-
- 24 nikation eingreifen. Zusätzlich kann die Kommunikationsverbindung durch technische Mittel seitens der Polizei
- 25 unterbrochen oder gar verhindert werden. Außerdem kann die Polizei die Post präventiv beschlagnahmen.
- 26 Unter dem Vorwand „Gefahr im Verzug“ darf dies auch ohne richter\*innenliche Genehmigung erfolgen.
- 27 5. Aufenthaltsverbote
- 28 Die Polizei kann bestimmen, wo sich „Gefährder\*innen“ aufhalten müssen und wo sie sich nicht aufhalten
- 29 dürfen. Das Problem ist, dass „Gefährder\*in“ sehr allgemein und zu Gunsten der Polizei definiert werden kann.
- 30 Gefährder\*innen können nach dem neuen Gesetzentwurf Personen sein, die keine Straftat begangen haben,
- 31 aber bei denen die Polizei davon ausgeht, dass sie welche begehen könnten. Jene Personen können zusätzlich

- 32 nach Verabschiedung des Gesetzes in unendliche Haft genommen werden. Ein\*e Richter\*in kann anordnen,  
 33 dass die Person zunächst für drei Monate und dann jeweils für drei weitere Monate in Haft kommt. Nur wie  
 34 soll ein\*e „Gefährder\*in“ in Haft beweisen, dass sie\*er unschuldig ist?“

### Antragsteller\*innen

Obb

**E-Mail:** magdalena.wagner@jusos-bayern.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-156**  
 2 **Obb**  
 3  
 4  
 5 **Seite 43, Zeile 156, Streichen**  
 6 S. 43 Z. 156 streiche „gängigen“

### Antragsteller\*innen

Obb

**E-Mail:** magdalena.wagner@jusos-bayern.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-189**  
 2 **Obb**  
 3  
 4  
 5 **Seite 44, Zeile 189, Ändern**  
 6 S. 44 Z. 189 ersetze „den Gar ausmachen“ durch „abschaffen“

### Antragsteller\*innen

Obb

**E-Mail:** magdalena.wagner@jusos-bayern.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-228**  
 2 **Swa**  
 3  
 4  
 5 **Seite 45, Zeile 228, Ändern**  
 6 Füge ein Z. 228:  
 7 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den  
 8 derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir  
 9 entschieden ab. Ein Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen,  
 10 Speichern und sogar eine Änderung von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte  
 11 Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft,  
 12 die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle im Gefängnis zu sitzen mit  
 13 Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheitspolitik lässt einen

14 erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen sicherlich  
15 kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenwischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme  
16 in diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den  
17 Polizeiinspektionen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt  
18 weicht die Soll- von der Ist-Stärke eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht  
19 durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen, sondern durch ein Mehr an Prävention.

## Antragsteller\*innen

Swa

**E-Mail:** anna.rasehorn@jusos-bayern.de

**Telefon:**

1 **D-1-228**

2 **Swa**

3

4

5 **Seite 2, Zeile 228, Ändern**

6 Füge ein Z. 228:

7 Eine Neuaufstellung heißt jedoch nicht, dass polizeiliche Befugnisse erweitert werden müssen. Den  
8 derzeit vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) lehnen wir  
9 entschieden ab. Ein Einsatz von Gesichtserkennungssoftware auf jeder Demo, ein Auslesen,  
10 Speichern und sogar eine Änderung von Daten aufgrund einer drohenden Gefahr, verdeckte  
11 Ermittlungen in Privaträumen, die Anwerbung von V-Leuten und eine mögliche Unendlichkeitshaft,  
12 die es ermöglicht, drei Monate ohne richterliche Kontrolle im Gefängnis zu sitzen mit  
13 Verlängerungsmöglichkeiten – diese Entwicklung in der bayerischen Sicherheitspolitik lässt einen  
14 erschauern. Ein veränderter Gefahrenbegriff und geheimdienstliche Befugnisse schaffen sicherlich  
15 kein mehr an Sicherheit, sie sind Augenwischerei, gerade im Hinblick auf die wirklichen Probleme  
16 in diesem Bereich. Gerade auch durch die Schaffung einer sogenannten Grenzpolizei fehlen den  
17 Polizeiinspektionen Menschen vor Ort, die das Tagesgeschäft bewältigen können. Schon jetzt  
18 weicht die Soll- von der Ist-Stärke eklatant ab. Ein Rückgang der Kriminalität ist sicherlich nicht  
19 durch ein Mehr an Repression zu bewerkstelligen, sondern durch ein Mehr an Prävention.

## Antragsteller\*innen

Swa

**E-Mail:** anna.rasehorn@jusos-bayern.de

**Telefon:**

1 **D-1-230**

2

3

4

5 **Seite 45, Zeile 230, Ändern**

6 : S. 45 Z. 230 füge ein: „Die Abschaffung des Verfassungsschutzes“

## Antragsteller\*innen

**E-Mail:** Milos.Vujovic@spd.de

**Telefon:**

- 1 **D-1-242**
- 2 **Ufr**
- 3
- 4
- 5 **Seite 45, Zeile 242, Ändern**
- 6 Ergänze in Zeile 242 „- Die Abschaffung des Verfassungsschutzes“

## Antragsteller\*innen

Ufr

**E-Mail:** michael.reitmair@jusos-bayern.de

**Telefon:**